

Ehemalige Lützow-Kaserne

Viele Fragen zum kalten Wärmenetz

Warum sich die Politik mit einer Entscheidung schwertut

Schwanewede. Mit der künftigen Wärmeversorgung für das neue Quartier, das einmal auf dem Gelände der ehemaligen Lützow-Kaserne entstehen soll, haben sich die Schwaneweder Kommunalpolitiker schon öfter beschäftigt. Im Blickpunkt steht dabei ein kaltes Nahwärmenetz. Wie das aussehen könnte und wie es im Vergleich mit anderen Versorgungsmodellen abschneidet, ist nun im Ausschuss für Konversion vorgestellt worden.

Für ihr Konzept, das auf einer 2024 vom Planungsbüro Megawatt erstellten Machbarkeitsstudie zur energetischen Versorgung des Gebiets fußt, mussten Fabian Wunsch von der Ingenieurgesellschaft Heidt und Peters sowie Chris Stöckmann vom Unternehmen Energielenker einige veränderte Rahmenbedingungen berücksichtigen. Ihrer Planung für ein kaltes Wärmenetz liegen nun 871 statt 609 zu beheizende Wohnungen zugrunde. Außerdem soll die Waldschule als Großabnehmer eingebunden werden, der Wärmebedarf würde sich dadurch laut Wunsch um 1,9 auf insgesamt 8,3 Gigawattstunden im Jahr erhöhen. Gebäude auf geplanten Gewerbeflächen und auch im Sportpark sind laut Stöckmann vom Netz ausgenommen, sie sollen über dezentrale Wärmepumpen versorgt werden. „Wir haben versucht, das Netz so kompakt wie möglich zu machen, wegen der Wirtschaftlichkeit“, so seine Begründung.

Standort für das Sondenfeld

152 Erdwärmesonden sind als Wärmequelle geplant. Als Standort ist eine Parkplatzfläche nördlich der Straße An der Kaserne vorgesehen. Dort soll auch die Technikzentrale stehen, in der das erwärmte Wasser aus den einzelnen Sondenleitungen gesammelt und über eine große Leitung an die Wärmepumpen in den zu versorgenden Gebäuden weitergeleitet wird. Auch eine Fotovoltaikanlage ist auf der Fläche geplant. Mit dem erzeugten Strom soll eine Luft-Wasser-Wärmepumpe betrieben werden, die vor allem im Sommer der Außenluft Wärme entzieht. „Diese Wärme wird gespeichert und dann im Winter in das Sondenfeld zurückgeführt“, erklärte Wunsch. Die Auskühlung des Bodens lasse sich so reduzieren. Wie lange sich Wärme aus der Erde ziehen lasse, wollte Ulrich Klein (Bündnis 90/Die Grünen) wissen. Das Land Niedersachsen gebe vor, dass nach 50 Jahren eine Temperatur von 1,5 Grad eingehalten werden muss, lautete die Antwort.

Die Fachleute hatten das kalte Wärmenetz mit zwei anderen Varianten verglichen: einer Versorgung mit dezentralen Wärmepumpen und einem mittelwarmen Nahwärmenetz. Das Ergebnis: Beim kalten Wärmenetz würden zwar höhere Wärmeerzeugungskosten anfallen, der Kohlendioxid-Ausstoß sei aber um 20 Prozent geringer. Zudem sei beim kalten Netz eine passive Gebäudekühlung möglich.

Preisexplosion befürchtet

Im Ausschuss gab es viele Fragen und auch Bedenken. Beim kalten Wärmenetz müssten sich die Kunden an einen Anbieter binden, Zehn-Jahres-Verträge seien üblich, erfuhren die Mitglieder. Er habe damit ein Problem, dass es bei diesem Konzept keine Konkurrenz gebe, meinte Klein. Zur Frage aus dem Ausschuss, ob auch ein genossenschaftlicher Träger für das kalte Wärmenetz möglich sei, kam die Antwort: Ja. „Wie schützen wir die Menschen vor Preisexplosionen?“, wollte Martin Grasekamp (SPD) wissen. Darauf antwortete Stöckmann mit Blick auf den Stromverbrauch für das kalte Wärmenetz: Der Strompreis werde zunächst wegen der zu

tätigenden Investitionen ansteigen, die langfristigen Prognosen würden aber von fallenden Strompreisen ausgehen.

Seine Fraktion sehe das Risiko künftiger Kosten beim kalten Wärmenetz, meinte Martin Köpke (CDU): „Erfahrungsgemäß binden sich Anbieter ein paar Jahre an die Preise, aber dann gehen die Preise durch die Decke und die Kunden haben keine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.“ Die CDU werde dem kalten Wärmenetz deshalb nicht zustimmen. „Wir möchten bei einer dezentralen Variante bleiben“, sagte Köpke.

Die SPD-Fraktion sieht laut ihrem Vorsitzenden Dominik Schmengler in einem kalten Netz mehr Vor- als Nachteile. Aber auch die Sozialdemokraten stellen sich die Frage, wie es um die langfristige Preisstabilität steht. Wie die Wärmeversorgung im Fall eines Stromausfalls sichergestellt werden kann, beschäftigte Brigitte Aschemann (Wählergemeinschaft). Dazu meinte Wunsch: „Wir planen in der Technikzentrale die Versorgung mit einem mobilen Heizgerät mit ein.“

Der Ausschuss sah noch Informationsbedarf, in den Fraktionen soll nun erst mal weiter beraten werden. Erfahrungen mit Nahwärmenetzen aus verschiedenen Bereichen sollen eingeholt werden. Zudem soll die Verwaltung unter anderem prüfen, ob sich eine Genossenschaft als Träger eignen würde.

Gabriela Keller

[Viele Fragen zum kalten Wärmenetz](#)